

Entscheidungen werden woanders getroffen

Warum das Bündnis für Arbeit kaum mehr als eine öffentlichkeitswirksame Gesprächsrunde ist

In einer Zeit, in der die wirtschaftliche Konjunktur nur so vor sich hindümpelt, hat immerhin eine Idee Hochkonjunktur: die Idee nämlich, durch die Gründung von „Bündnissen für ...“ die anstehenden Probleme lösen zu können: am bekanntesten darunter das „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ beim Bundeskanzler.

Was verspricht man sich von solchen Bündnissen? Dahinter steht offenbar folgende Auffassung: Setzen wir uns doch zusammen, bereden die Sache wie vernünftige Menschen und treffen dann gemeinsam die richtigen Entscheidungen.

Eine ausgezeichnete Idee, oder? Nun wird sicherlich niemand etwas dagegen haben, wenn sich Menschen treffen, um gemeinsame Probleme und ihre Lösungen zu besprechen. Was aber ist, wenn die Gesprächsteilnehmer unterschiedliche Interessen haben, wenn sie unterschiedlicher Meinung sind über die Beschreibung der Situation, über ihre Bewertung, über die richtige Diagnose und die geeignete Therapie?

Schauen wir uns daraufhin etwas genauer das von der Bundesregierung ins Leben gerufene Bündnis für Arbeit und Ausbildung an. Daß die Lage am Arbeits- und Ausbildungsmarkt nicht gerade rosig aussieht, ist allgemein bekannt. Für diese Erkenntnis brauchen wir also das Bündnis nicht.

Wie steht es aber um die Diagnose? Schon ein flüchtiger Blick in die ökonomische Diskussion in Theorie und Praxis der vergangenen Jahrzehnte zeigt uns, daß die Ursachen für diese verfahrenere Situation durchaus unterschiedlich gesehen werden. Vereinfacht gesagt laufen die sich widersprechenden Auffassungen darauf hinaus, daß die einen die Ursachen auf der Nachfrageseite, die anderen auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft festmachen.

Wie kommt man also zu der Meinung, daß man sich gerade in diesem Bündnis auf eine gemeinsame Diagnose einigen könnte? Wer hier über die dummen Ökonomen lästert, sollte sich einmal in anderen Bereichen umsehen, um festzustellen, daß es auch dort – z.B. in der Medizin – nicht nur eine Diagnose gibt.

Wenn also keine einheitliche Diagnose, was dann? Wir haben im allgemeinen für solche Fälle Regeln geschaffen, die sich auch dieser Frage annehmen: z.B. in Gestalt des demokratischen Mehrheitsprinzips. Welche Regel gilt für dieses Bündnis? Setzt sich hier der größte Schrei durch oder derjenige, der die meisten Leute auf die Straße bringt?

Nehmen wir aber einmal den unwahrscheinlichen Fall an, daß sich alle Beteiligten über die Diagnose einig wären, dann folgt daraus logischerweise auch eine ganz bestimmte Therapie. So folgt aus der Diagnose „Die Löhne und Lohnnebenkosten sind zu hoch“ die Therapie „Löhne und Lohnnebenkosten runter, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen“.

Nur: Die Teilnehmer dieses Bündnisses haben nicht das Recht, die dafür notwendigen Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Darauf hat u.a. die IG-Metall mehrfach hingewiesen: die Löhne sind Sache der Tarifparteien in den jeweiligen Branchen und Regionen. Und im übrigen können die Teilnehmer nach unseren Spielregeln niemandem den Befehl erteilen, gefälligst neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Karl-Heinz Dignas, Ostfriesen-Zeitung vom 17.04.99, S 17

Was bleibt also von der Idee „Bündnis für Arbeit und Ausbildung“ übrig? Eine öffentlichkeitswirksame Gesprächsrunde sicherlich, die dem Volke zeigt, daß etwas getan wird; in der mehr oder weniger kontroverse Argumente ausgetauscht werden und deren Teilnehmer genau wissen, daß die wirklichen Entscheidungen ganz woanders außerhalb dieser Runde getroffen werden.